



Kinderbetreuung in den USA

Ursula Carpenter
Dr. Norbert Wagner

Die sozialen Sicherungssysteme in nahezu allen westlichen Industriestaaten sind ohne einschneidende Reformen nicht zukunftsbeständig. Deshalb suchen die Staaten aus den entsprechenden Erfahrungen vergleichbarer Länder zu lernen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung Washington hat daher eine Reihe von Beiträgen erarbeitet, in denen die verschiedenen Komponenten der sozialen Sicherungssysteme in den Vereinigten Staaten beschrieben und die anstehenden Reformen erläutert werden.

Hiermit soll ein Beitrag zur Reformdebatte in Deutschland geleistet werden.

Dr. Norbert Wagner

KAS-USA

*2005 Mass. Ave, NW
Washington, DC 20036*

Das Verständnis der Amerikaner von früher Kindheit und Familie ist traditionell von "typisch amerikanischen" Wertvorstellungen geprägt: individueller Verantwortung, der Auffassung von Familie als einer privaten Einheit und von Freiwilligenarbeit statt staatlichem Einlenken als Lösungsansatz für sozialpolitische Probleme. Angesichts der in diesen Grundlagen verwurzelten Philosophie einer begrenzten Rolle des Staates im Bereich der Familie ist es kaum verwunderlich, daß es in den Vereinigten Staaten keine umfassende nationale Familienpolitik gibt. Erwerbstätige Eltern sind bei der Aufgabe der Kinderbetreuung weitgehend auf sich selbst gestellt, und lediglich hilfsbedürftige Familien erhalten dafür in Form von Sozialleistungen Unterstützung aus öffentlicher Hand.

Dennoch gehört es für Millionen amerikanischer Familien zur täglichen Routine, daß ihre Kinder nicht von den Eltern selbst, sondern von anderen Personen betreut werden. Viele sind auf nicht-elterliche Kinderbetreuung angewiesen, damit sie mit ihrer Erwerbstätigkeit den Familienunterhalt gewährleisten können. Kinderbetreuung ist also für viele Amerikaner ein Muß. Aber sie ist sehr teuer, und die hohen Kosten stellen eine große Belastung für amerikanische Haushalte dar.[1] Oft sehen sich Familien nicht nur zu finanziellen Opfern gezwungen, sondern auch zu Kompromissen bei der Qualität der Betreuung, die sie sich leisten können.

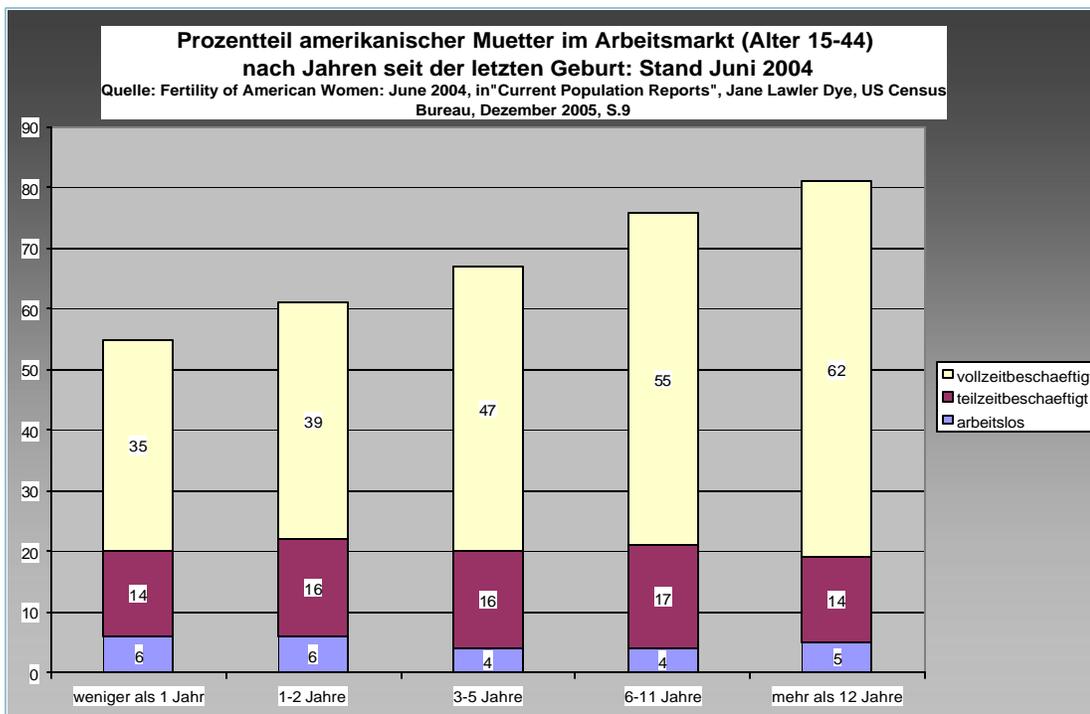
Frauen und Kinder in den USA: Demografischer Querschnitt

Im Jahr 2000 gab es in den USA über 72 Millionen Kinder unter 18 Jahren.[2] Die Mehrheit der über 21 Millionen Kinder unter 6 Jahren (fast 13 Millionen oder 58.6%) hatten Eltern, die beide erwerbstätig waren. Die zusammengefaßte Geburtenziffer ("total fertility rate") für amerikanische Frauen hatte in den Nachkriegsjahren im Jahr 1957 mit 3.8 ihren Höchststand ("baby boomers") erreicht. Danach sank sie kontinuierlich, bis sie 1983 mit 1.8 ihren Tiefpunkt erreichte. Dieser Rückgang reflektierte den Trend vieler Frauen der "baby boomer"-Generation, die Familiengründung zugunsten von Bildung und Berufstätigkeit hinauszuzögern. Im Jahr 2000 hatte sich die Geburtenrate bei 2.1 eingependelt und ist seitdem relativ konstant geblieben. Allerdings schwankt die Fertilitätsrate je nach Rassenzugehörigkeit. Sie liegt bei weißen nicht-hispanischen Frauen am niedrigsten (zwischen 1990 und 1999 etwa konstant bei 1.8) und bei hispanischen Frauen am höchsten (zwischen 1990 und 1999 etwa konstant bei 3).

Amerikanische Familien sind auf Kinderbetreuung angewiesen

Laut offiziellen Statistiken sind heute 70.7% aller amerikanischen Mütter erwerbstätig. [4] (1975: 40%; 2004: 62.2%). Davon arbeiten drei von vier Müttern mehr als 30 Stunden pro Woche. Außerdem kehren Frauen nach der Geburt ihres Kindes früher an ihren Arbeitsplatz zurück. Im Jahr 2002 waren mehr als die Hälfte der amerikanischen Frauen mit einem Kind im Alter von unter einem Jahr erwerbstätig. Im Jahr 2001 befanden sich über 60% der unter 6 Jahre alten Kinder in einer Art nicht-elterlicher Kinderbetreuung. Die von Frauen erworbenen Einkommen sind wichtiger Bestandteil des Haushaltseinkommens. In 20-25% der Haushalte mit Doppelverdienern sind Frauen die primären Erwerbsquellen. Die meisten alleinerziehenden Eltern, die über 24% aller Familien ausmachen, können es sich nicht leisten, mit ihren Kleinkindern zu Hause zu bleiben. Gegenwärtig verbringen 11,6 Millionen der unter fünf Jahre alten amerikanischen Kinder durchschnittlich 36 Stunden wöchentlich in einer Art nicht-elterlicher Kinderbetreuung. [5]

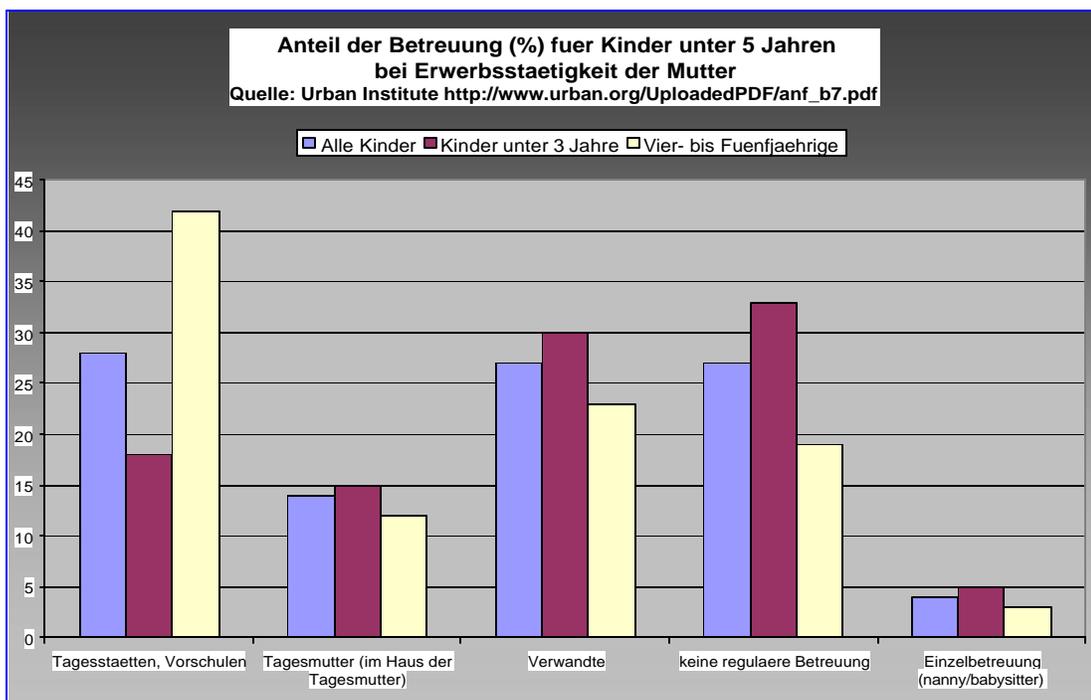
70.7% aller amerikanischen Mütter sind erwerbstätig.



Arten der Betreuungseinrichtungen

Von 11,6 Millionen amerikanischen Kindern im Alter unter 5 Jahren sind 63% jede Woche in einer regulären Kinderbetreuung. [6] In der Altersgruppe der 5- bis 14-Jährigen liegt dieser Anteil bei 53%. Von den Fünf- bis Achtjährigen mit erwerbstätigen Müttern sind fast 240.000 Kinder nach der Schule ohne Betreuung ("self care"). Die Zahl der Kinder in "self care" liegt bei den Neun- bis Elfjährigen bei 1,14 Millionen. Von den unter Fünfjährigen mit erwerbstätigen Müttern werden 19% vor-

wiegend von ihren Großeltern betreut, 6% von anderen Angehörigen, 18% von Kindertagesstätten, 5% von Vorschulen ("nursery/preschool"), 4% von einer Einzelperson ("Nanny" oder "Babysitter") im Haus der Familie, 9% in "family child care homes" (familienähnlicher Betreuung im Haus der Tagesmutter) und 5% von anderen Personen, die nicht mit der Familie verwandt sind.



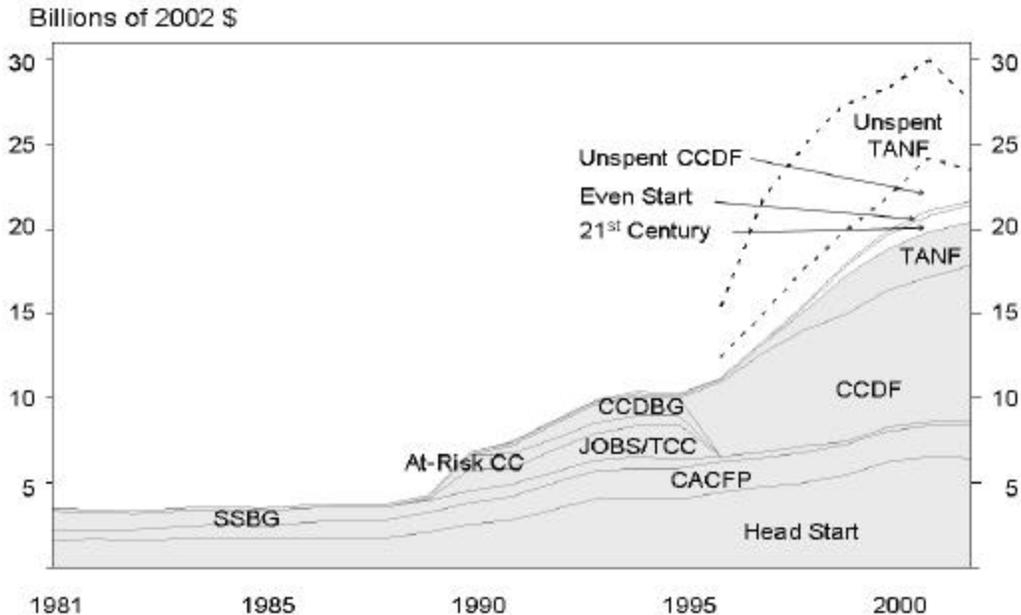
63% der Kinder unter 5 Jahren sind in nicht-elterlicher Kinderbetreuung.

Träger der Betreuungseinrichtungen

Da es kein einheitliches flächendeckendes System für eine öffentliche Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen in den USA gibt, ist es kaum möglich, eine einfache Antwort auf die Frage zu geben, wer die Träger dieser Einrichtungen sind. Nach einigen Schätzungen gibt es etwa 100 Programme zur Unterstützung von Kinderbetreuung (auch wenn in Teilaspekten), die aus dem Bundeshaushalt und den Budgets der Bundesstaaten finanziert werden. [7] Den Löwenanteil davon machen 5 Programme zur finanziellen Unterstützung von erwerbstätigen Müttern mit niedrigem Einkommen aus: der *Child Care and Development Fund* (CCDF), die *Temporary Assistance for Needy Families* (TANF), *Head Start*, das *Child and Adult Care Food Program* (CACFP) und das *Social Services Block Grant* (SSBG). Zwischen 1997 und 2003 sind die Ausgaben für diese Programme von \$11.1 Milliarden auf ungefähr \$20.4 Milliarden angestiegen (siehe Grafik auf Seite 4 [8]).

Eine Studie von 2002 [9] gibt zwar Auskunft über die Anzahl der staatlich regulierten Betreuungseinrichtungen (im Jahr 2002 waren über 113.000 in den 50 Bundesstaaten), aber selbst diese Statistik ist nur begrenzt aussagekräftig, da die Definition, was ein "regulated child care center" überhaupt ist, von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich ist. In 29 Bundesstaaten bezieht sich die Statistik auf Vor-

Child Care Spending and Potential Funding (1981–2003)



schulen ("nursery schools", "preschools", "prekindergartens") und Tagesstätten mit kirchlichen Trägern. In den restlichen Bundesstaaten ist die Definition weniger umfassend, und einige Staaten schließen kirchlich getragene Betreuungsstätten in ihren Erhebungen gänzlich aus.

Laut statistischen Untersuchungen der *Children's Foundation* gab in den USA im Jahr 2000 über 300.000 "family child care homes" (Kleingruppenbetreuung im Haus der Tagesmutter). "Child Care"-Forscher gehen davon aus, daß die Anzahl der nicht regulierten "family child care homes" die Zahl der regulierten "homes" bei Weitem übertrifft: Lediglich 0,8% der "family child care homes" und knapp 10% der Tagesstätten sind schätzungsweise staatlich reguliert.[10] Offizielle Schätzungen des *Census of Service Industries* ergaben, daß sich die Anzahl der von Kinderbetreuungseinrichtungen mit privaten Trägern zwischen 1977 und 1992 mehr als verdoppelte (1977:25.000; 1992:51.000).[11] Dabei war die Wachstumsrate bei nichtgemeinnützigen Leistungsanbietern am stärksten.

Bei der staatlich subventionierten Vorschulbetreuung (vorwiegend für Vierjährige aus Haushalten mit niedrigem Einkommen) handelt es sich um grundsätzlich zwei Einrichtungsträger: entweder ausschließlich öffentliche Schulen oder eine Mischung aus öffentlichen Schulen und Einrichtungen der Kommunen.[12] Die Mehrheit der Bundesstaaten folgen dem gemischten Trägermodell ("mixed delivery model"), das sowohl Schulen als auch kommunale Einrichtungen einschließt, die teils privat getragen werden und teils Bestandteil der durch Bundesmittel subventionierte Länderprogramme für arme Vorschulkinder ("Head Start") sind. In allen Bundesstaaten sind als kommunale Träger Tagesstätten ("center-based providers") zugelassen, aber nur 13 Bundesstaaten subventionieren auch Kleingruppenbetreuung im Haus der Tagesmutter ("family child care providers").

Es gibt keine flächendeckende öffentliche Finanzierung für Kinderbetreuungseinrichtungen.

Politische Diskussion im Frühstadium

Die staatliche Finanzierung von Kleinkindbetreuung für Säuglinge bis zu Dreijährigen ("birth to 3") steckt in den Vereinigten Staaten noch in den Kinderschuhen. Im Frühstadium der politischen Diskussion haben sich eine Reihe von Kernpunkten herauskristallisiert:[13]

- Politiker müssen sich verstärkt dem Thema Kleinkindbetreuung annehmen.
- Angesichts Haushaltskürzungen von Seiten des Bundes sind insbesondere die Bundesstaaten aufgerufen, beim Thema Kleinkindbetreuung initiativ zu werden.
- Die Bundesstaaten müssen sich der Kapazitätenbildung und Ausbildungsstandards der Betreuer widmen.
- Verschiedene Bundesstaaten können verschiedene Initiativen verfolgen und auf bestehenden Programmen aufbauen.
- Die Verwaltungs- und Finanzierungsstrukturen der Betreuungsprogramme müssen in einem integrierten politischen Gesamtrahmen verankert werden.
- Bei der Entwicklung von Programmen für Kleinkindbetreuung sind kontinuierliche Nachbesserungen (basierend auf auswertenden Untersuchungen) und Evaluierung entscheidend.

Staatliche Finanzierung von Kleinkindbetreuung für Säuglinge bis zu Dreijährigen ("birth to 3") steckt in den Vereinigten Staaten noch in den Kinderschuhen.

Kinderbetreuung ist teuer

Eine amerikanische Familie gibt für die Ganztagsbetreuung eines vierjährigen Kindes durchschnittlich zwischen \$3.000 und \$9.600 im Jahr aus. Für Säuglinge und Kleinkinder unter 4 Jahren liegen die Kosten noch höher: zwischen \$3.800 und \$13.500 im Durchschnitt. Je höher die Qualität der Betreuung, desto teurer ist sie. Bei einer staatlich anerkannten Betreuungsstätte ("accredited child care") liegen die Kosten noch etwa \$5.000 höher. Um sich eine Säuglingsbetreuung in einer Tagesstätte leisten zu können, zahlt eine Familie mit zwei Einkommen durchschnittlich 10.6% ihres jährlichen Haushaltseinkommens. Alleinerziehende Eltern zahlen durchschnittlich fast ein Drittel ihres Jahreseinkommens für die Kinderbetreuung. Die Kosten für Kinderbetreuung schwanken von Bundesstaat zu Bundesstaat. Am höchsten sind sie in New York, wo die Betreuung für Vierjährige in einer Tagesstätte ca. \$8.500 im Jahr betragen und etwa 11.5% des Durchschnittseinkommens einer Familie mit zwei Ehepartnern und Kindern unter 18 Jahre ausmachen (siehe Grafik auf Seite 6).

Alleinerziehende Eltern geben durchschnittlich fast ein Drittel ihres Jahreseinkommens für Kinderbetreuung aus.

Least Affordable States for a 4-year-old in a Child Care Center				
State	Average Annual Cost of Full-Time Pre-School Care	Child Care as a Percentage of Median Single Parent Family Income	Child Care as a Percentage of Median Two-Parent Married Family Income	Rank (Based on percentage of two-parent family income.)
New York	\$8,530	40.4%	11.5%	1
Minnesota	\$8,832	31.1%	11.4%	2
California	\$7,576	31.1%	10.9%	3
Massachusetts	\$9,628	40.7%	10.6%	4
Rhode Island	\$7,800	45.3%	10.3%	5
Virginia	\$7,852	34.6%	10.3%	5
Wisconsin	\$6,968	31.0%	9.8%	7
New Jersey	\$8,985	32.8%	9.6%	8
Pennsylvania	\$6,800	31.4%	9.6%	8
Vermont	\$6,537	27.7%	9.5%	10
Washington	\$6,891	32.7%	9.5%	10

Based on averaging data provided by local CCR&Rs. Local CCR&Rs were asked to provide the average year-round cost of full-time pre-school care in a child care center in their service area.

Report from National Association of Child Care Resource & Referral

In fast allen Bundesstaaten (49 von 50) übersteigen die Kosten für Kinderbetreuung die Durchschnittskosten für Mietausgaben.

Kinderbetreuungskosten machen einen hohen Anteil des Familienbudgets aus

In jeder Region der Vereinigten Staaten sind die jährlichen Kosten für Säuglinge höher als die Durchschnittskosten für Nahrungsmittel. In fast allen Bundesstaaten (49) übersteigen die Kosten für Kinderbetreuung die Durchschnittskosten für Mietausgaben. Familien mit einem Jahreseinkommen unter \$18.000 mußten in 38 US-Bundesstaaten ein Drittel ihres Jahreseinkommens ausgeben, um sich die nicht-elterliche Betreuung ihres Säuglings leisten zu können (vgl. Grafik).

What Percentage of the Paycheck is Child Care?

Annual Average Child Care Prices as a Percentage of Income.



In fünf Staaten liegen die jährlichen Kosten für die Betreuung von zwei Kindern über \$18.000 (New York, Connecticut, Minnesota, Massachusetts und New Jersey). Laut Ergebnis der amerikanischen Volkszählung (U.S. Census) geben amerikanische Familien mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze einen dreieinhalb Mal so hohen Anteil ihres Einkommens für Kinderbetreuung (25%) aus wie Familien, deren Einkommen über der Armutsgrenze liegt (7%).

Bei einer Umfrage der *National Association of Child Care Resource and Referral Agencies* rangierten die Kosten bei mehr als zwei Drittel der Eltern an erster oder zweiter Stelle

bei der Auswahl von Kinderbetreuungsoptionen.[14] Die überwiegende Mehrheit der Eltern gab an, Kompromisse bei der Qualität der Betreuung machen zu müssen, um sich die Betreuung ihrer Kinder leisten zu können. Mehr als 4 von 10 Eltern sagten, daß sie mehr für Kinderbetreuung ausgeben als sie sich eigentlich leisten könnten.

Finanzierung vom Bund: Mischung aus Wohlfahrtsstaat und Steuerpolitik

Jeder Bundesstaat hat Programme zur finanziellen Unterstützung von Kinderbetreuung, die teilweise vom Bund und teilweise von den Bundesstaaten finanziert werden. Allerdings sind diese öffentlichen Subventionen lediglich als Teilunterstützung von Sozialhilfeempfängern ("welfare recipients") und für andere Familien mit geringem Einkommen vorgesehen. In einigen Bundesstaaten erhalten die Eltern einen Gutschein ("voucher") zum Erwerb der Kinderbetreuung. Andere Staaten bezahlen den von den Eltern gewählten Betreuungsdienstleister direkt. Von den Eltern wird erwartet, daß sie monatliche Eigenbeiträge zu den Gesamtkosten der Kinderbetreuung leisten.

Die vielfältig geprägte Kinderbetreuung der Vereinigten Staaten unterliegt keinem Gesamtprinzip, das eine staatliche Finanzierung rechtfertigen würde.[15] Die Entwicklungsgeschichte der bundesstaatlichen Unterstützung der Kinderbetreuung in Amerika als Reaktion auf nationale Krisensituationen verleitete einen Beobachter zu dem Kommentar, die amerikanische Kinderbetreuung sei ein "Waisenkind der Wohlfahrtspolitik für die Armen und der Steuerpolitik für die Mittelklasse".[16]

Die erste Investition in die Kinderbetreuung machte die amerikanische Bundesregierung zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise im Rahmen der "Works Progress Administration" für die Finanzierung der "nursery schools" (1933-1943). Nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg setzte der "**Lanham Act**" Bundesgelder für die Betreuung von Kindern der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Mütter frei. Insgesamt wurden zwischen 1942 und 1946 im Rahmen dieses Gesetzes fast \$52 Millionen an Bundesgeldern und über \$26 Millionen aus Landeshaushalten für 3.102 Kindertagesstätten ausgegeben, die ungefähr 600.000 Kinder betreuten. Bis heute stellt dieses Einlenken der US-Bundesregierung während der Kriegsjahre die größte öffentliche Subvention der amerikanischen Kinderbetreuung dar.

Das nächste umfassende Kinderbetreuungsprogramm der amerikanischen Bundesregierung wurde 1965 im Rahmen von Präsident Lyndon Johnsons Kampagne der Armutsbekämpfung ("War on Poverty") lanciert. Als Bestandteil des "Economic Opportunity Act" sollte "Head Start" unterprivilegierten Kindern im Alter von 3-5 Jahren bessere Startchancen für ihr späteres Leben verschaffen. Die Gelder dazu flossen aus dem Bundesetat, mußten jedoch von kommunaler Ebene mit 20% bezuschusst werden. 90% der Kinder dieser kommunal verwalteten Programme mußten aus Familien kommen, deren Einkommen unter der vom Bund festgelegten Armutsgrenze lag. Seit 1995 schließt das Programm auch eine Frühkindkomponente "Early Head Start" für

Die amerikanische Kinderbetreuung ist ein "Waisenkind der Wohlfahrtspolitik für die Armen und der Steuerpolitik für die Mittelklasse".

Kinder ab der Geburt bis zu 3 Jahren ein. Im Jahr 2005 nahmen über 900.000 Kinder an "**Head Start**"-Programmen teil. Das Budget dafür betrug über \$6,8 Milliarden. Obwohl die Gelder für "Head Start" über Jahrzehnte hinweg immer wieder neu bewilligt wurden, entwickelte sich das Programm nie zu einem "entitlement program", das nicht einer Neubewilligung des Kongresses bedarf.[17]

Im Jahr 1971 kam es angesichts eines wachsenden Bedarfs an Kinderbetreuung auf Drängen von Befürwortern von staatlich geförderten Betreuungsprogrammen zum ersten Mal zur Formulierung eines umfassenden Gesetzes zur Kinderbetreuung in den USA. Der "**Comprehensive Child Development Act**" sah vor, daß umfassende "Programme zur kindlichen Entwicklung" im Sinne eines Rechtsanspruches allen Kindern unabhängig von deren wirtschaftlichem, sozialem oder Familienhintergrund zugänglich gemacht werden sollte. Für die Finanzierung des Programmes sollten jährlich \$2 Milliarden aus dem Bundeshaushalt bewilligt werden. Präsident Nixon hatte ursprünglich eine Rolle des Bundes bei der staatlichen Subventionierung von Kinderbetreuung befürwortet, um Müttern aus den unteren Einkommensschichten eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Als der Kongreß ihm jedoch das verabschiedete Gesetz zur Unterschrift vorlegte, überraschte Richard Nixon mit einem Veto und der Begründung, daß die Bundesregierung mit einer staatlich finanzierten Kinderbetreuung die "weitgehende moralische Autorität der Nationalregierung kommunalen Erziehungsansätzen zu Lasten eines familien-zentrierten Ansatzes überlassen würde." [18]

Im Gegensatz zu dem universalen Anspruch des "Comprehensive Child Development Act" war das 1974 verabschiedete Ergänzungsgesetz zu bundesstaatlichen Sozialleistungen, der so genannte "**Title XX**" lediglich als Wohlfahrtsprogramm zur Unterstützung sozial- und einkommensschwacher Familien vorgesehen. Das Gesetz sah vor, jährlich \$2,5 Milliarden für eine Reihe von staatlichen Sozialdiensten, darunter auch Kinderbetreuung, zu bewilligen. In vielen Bundesstaaten war "Title XX" die einzige staatliche Finanzquelle für subventionierte Kinderbetreuung. Als "Title XX" im Jahr 1981 vom "**Social Services Block Grant**" (**SSBG**) abgelöst wurde, sank dessen Budget um fast 20% von \$2,9 auf \$2,4 Milliarden, und die für Kinderbetreuungsprogramme vorgesehene \$200 Millionen wurden gestrichen. Gleichzeitig wurden verschiedene Bundesprogramme in ein "block grant" konsolidiert, das den Bundesstaaten größere Befugnis über seine Anwendung verlieh. Einhergehend mit der beabsichtigten geringeren Rolle einer Bundesbürokratie kam es zwischen 1977 und 1994 auch zu einem realen Rückgang an Bundesmitteln um 58%.

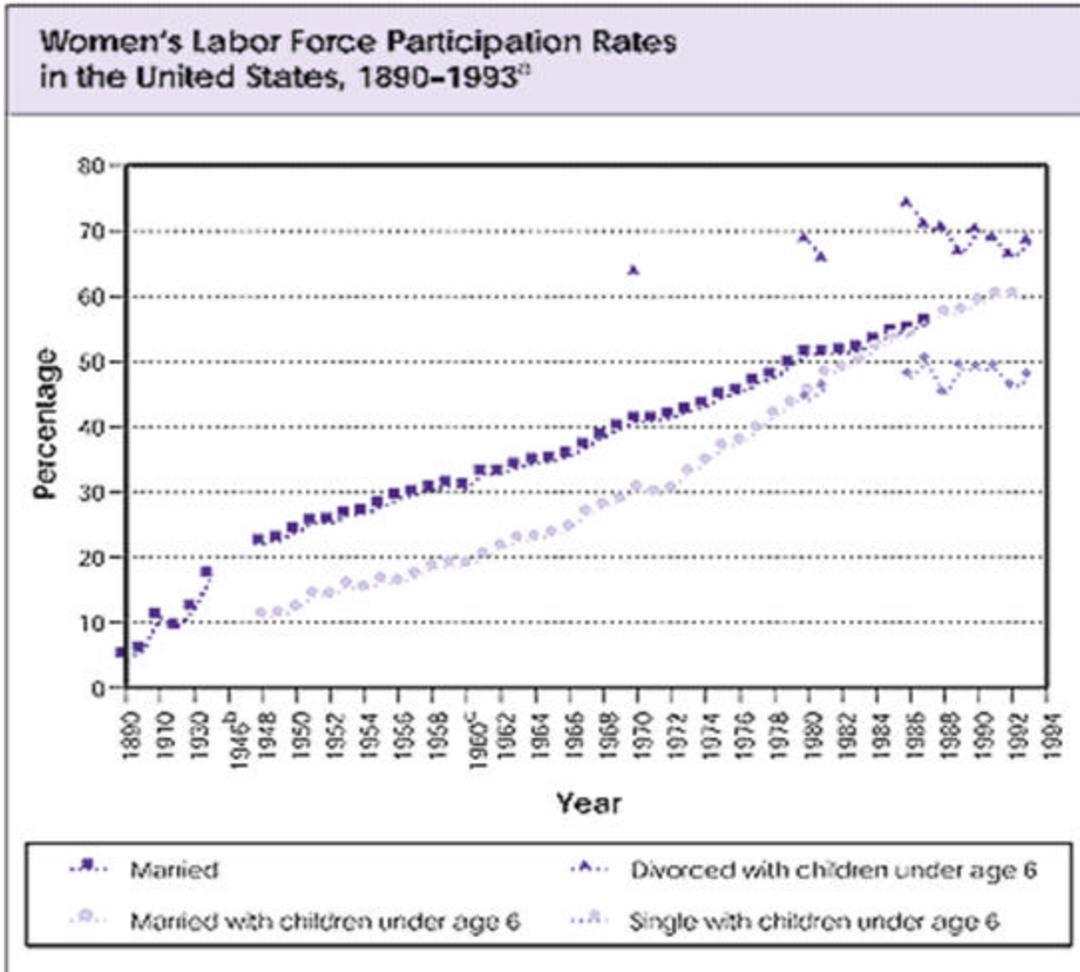
Im Jahr 1988 fand in den USA eine umfassende Reform des Sozialstaates statt. Damals waren 56% von Müttern mit Kindern im Alter von unter 6 Jahren erwerbstätig, die meisten davon aus ökonomischer Notwendigkeit. Als sich in der Öffentlichkeit die Auffassung verbreitete, daß nicht-erwerbstätige arme Mütter Anspruch auf staatliche Gelder zur Betreuung ihrer Kinder hatten (Aid to Families with Dependent Children, AFDC), reagierten Politiker mit der Verabschiedung des **Family Support Act (FSA)**, der vorschrieb, daß Wohlfahrtsempfänger, einschließlich Mütter mit Vor-

schulkindern, an Bildungs- oder Trainingsprogrammen teilnehmen oder erwerbstätig sein müßten. Daß dieses Gesetz den davon betroffenen Familien die dazu notwendige Kinderbetreuung garantierte, war von großer Bedeutung. So wurde der FSA zum ersten unbefristeten staatlich garantierten Kinderbetreuungsprogramm in der amerikanischen Geschichte. Von den Bundesstaaten verlangte die Regierung, daß diese beim Bereitstellen der Kinderbetreuung einen Kostenanteil übernehmen, damit sie vom Bund "matching funds" in Anspruch nehmen konnten. Dieses Gesetz stellte auch einen weiteren Meilenstein in der Geschichte der USA dar. Es war das erste Mal, daß öffentliche Subventionen explizit mit dem privaten Kinderbetreuungsmarkt verknüpft wurden: Zahlungen für die Betreuung eines Kindes durften die ortsüblichen Kosten für Kinderbetreuung nicht überschreiten. Basierend auf bundesstaatspezifischen Untersuchungen zur Kinderbetreuungskosten führte diese Verknüpfung zu unterschiedlichen Zuschüssen aus dem Bundesetat an die Landeshaushalte.

Knapp zwei Jahre nach Verabschiedung des FSA kam es zu zwei weiteren wichtigen Teilen der Kinderbetreuungsgesetzgebung: dem **Child Care and Development Block Grant (CCDBG)** und zum **Title IV-A "At Risk Child Care"**. Das "Child Care and Development Block Grant" besteht bis heute zu 100% aus Bundesgeldern und erforderte keine Zuschüsse von Länderebene. Im Jahr 2006 flossen über \$4,8 Milliarden aus dem Bundeshaushalt in die Bundesstaaten.[19] Es zielte primär auf die Unterstützung erwerbstätiger oder arbeitssuchender Mütter, betonte jedoch zwei Oberziele von Kinderbetreuung: Betreuung und "Entwicklung" von Kindern. Die Ausführungsrichtlinien des Programmes unterlagen abgesehen von minimalen Vorschriften zu Gesundheits- und Sicherheitsstandards gänzlich dem Bundesstaat. Die Wiederbewilligung der Gelder mußte alle fünf Jahre neu erfolgen. "Title IV-A At-Risk Child Care" war ausschließlich für arme Familien vorgesehen, die aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit Kinderbetreuung benötigten, da sie sonst ihre Förderungsfähigkeit riskierten.

Diese beiden Gesetze sind hauptsächlich auf die Auffassung der amerikanischen Öffentlichkeit zurückzuführen, daß eine Unterstützung für Kinderbetreuung für alle Familien notwendig sei, nicht nur für Sozialhilfeempfänger. Außerdem reflektierte die Gesetzgebung ebenfalls den wachsenden politischen Einfluß von Frauen der Mittel- und Oberschicht, die von der Politik Lösungsansätze für einige ihrer eigenen grundsätzlichen wirtschaftlichen Anliegen erwarteten. Mit der ansteigenden Zahl von geschiedenen und alleinerziehenden Frauen sowie weißen erwerbstätigen Frauen der Mittelklasse kam es in den Neunziger Jahren zu einem "child care movement".

Obwohl die Unterstützung seitens des damaligen Vizepräsidenten George Bush (sen.) vorwiegend auf arme Kinder und Sozialhilfe empfangende Mütter abzielte, spiegelte sich in dem politischen Willen zur staatlichen Unterstützung von Kinderbetreuungsprogrammen zunehmend die Sorge der Politiker über den so genannten "gender gap", d.h. das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen.



Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es mit dem vermehrten Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt verstärkt zur Befürwortung der amerikanischen Öffentlichkeit von direkten Subventionen der Bundesregierung für Kinderbetreuungs-dienste, die nach und nach zu Änderungen im amerikanischen Steuerrecht führten.

Steuerpolitik als Sozialpolitik

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es mit dem vermehrten Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt (vgl. Grafik [20]) verstärkt zur Befürwortung der amerikanischen Öffentlichkeit von direkten Subventionen der Bundesregierung für Kinderbetreuungs-dienste, die nach und nach zu Änderungen im amerikanischen Steuerrecht führten und die durch die Erwerbstätigkeit der Eltern entstandenen Kosten berücksichtigte. Während 1939 und wiederum 1949 das US-Steuergericht entschieden hatte, daß eine erwerbstätige Mutter die Kosten für die Betreuung ihrer Kinder nicht von ihrem zu versteuernden Bruttogehalt abziehen konnte, da "Kinderbetreuung eine persönliche Pflicht der Mutter" sei, schuf das amerikanische Steuerrecht 1954 eine Sonderregelung für "dependent care", die Steuerermäßigungen für Betreuungskosten für Kinder unter 12 Jahren vorsah. Seitdem haben sich die Richtlinien für diese Steuerermäßigungen mehrmals geändert sowohl mit Blick auf Anspruchsberechtigung als auch die Höhe der Steuerermäßigung. 1976 wurden diese Steuerermäßigungen vom Einkommen der Steuerzahler unabhängig gemacht und mit einer 20%-igen Steuergutschrift für Kinderbetreuung (dependent care tax credit) für Kosten bis zu maximal \$2.000 pro Unterhaltsberechtigten ersetzt. Diese Summe wurde 1981 auf 30% der

Kinderbetreuungskosten erhöht, bis maximal \$2.400 für einen Unterhaltsberechtigten und \$4.800 für zwei oder mehr Unterhaltsberechtigte. Gleichzeitig wurde eine gestaffelte Skala eingeführt, damit die größte Steuererleichterung denjenigen Steuerzahlern zugute kommt, die am wenigsten verdienen. Heute haben erwerbstätige Eltern Anspruch auf einkommensabhängige Steuerermäßigungen in Höhe von 20%-35% für Kinderbetreuungskosten bis zu \$3.000 für ein Kind und bis zu \$6.000 für zwei oder mehr Kinder. Dies bedeutet eine jährliche Steuerentlastung für ein Kind von \$1.050 oder \$2.100 für zwei oder mehr Kinder bei einem Jahreseinkommen unter \$15.000. Bei einem Jahreseinkommen über \$43.000 beträgt die Ermäßigung nur noch 20% der Kinderbetreuungskosten, d.h. \$600 für ein Kind und \$1.200 für zwei oder mehr Kinder.

Obwohl die gegenwärtige Steuerpolitik zwar einen Zusammenhang zwischen Kinderbetreuung und Einkommensproduktion anerkennt und Geringverdienern größere Steuererleichterungen zumißt, ist der "dependent care tax credit" dennoch stark begrenzt. Er deckt nämlich typischerweise bei weitem nicht die vollen Kosten der Kinderbetreuung (zwischen \$4.000 - \$10.000 pro Kind)[21] und kommt nicht allen Steuerzahlern zugute (im Falle von Geringverdienern, die Anspruch auf eine Steuer-rückvergütung haben). Im Jahr 2003 nahmen 6,3 Millionen Amerikaner den "Federal Child and Dependent Care Tax Credit" in Anspruch. Den Bundeshaushalt kosteten diese Steuererleichterungen im Jahr 2003 \$3.2 Milliarden.[22] Damit ist dieses vom Bund finanzierte Steuerermäßigungsprogramm bisher die größte Investition der US-Bundesregierung in die Betreuung amerikanischer Kinder und bleibt für amerikanische Familien von großer Bedeutung.

Das vom Bund finanzierte Steuerermäßigungsprogramm ist bisher die größte Investition der US-Bundesregierung in die Betreuung amerikanischer Kinder.

Länderfinanzierung auf Steuererleichterungen und Vorschulziehung für bedürftige Familien beschränkt

Zusätzlich zu den vom Bundeshaushalt getragenen Steuerermäßigungen bieten auch Bundesstaaten Steuererleichterungen für Kinderbetreuungskosten. In 27 Bundesstaaten haben amerikanische Familien Anspruch auf "dependent care tax assistance".[23] Dabei wird die Steuerermäßigung meist als Prozentsatz der vom Bund gewährten Steuererleichterungen errechnet. 15 Bundesstaaten leisten Steuernachlässe ("refundable credits") an hilfsbedürftige Familien, die im Rahmen dieses Programmes eine Steuerrückvergütung erhalten, wenn die Gutschrift größer ist als die Summe der insgesamt zu entrichtenden Steuerzahlung.

Die weitestgehende Unterstützung für die Betreuung ihrer Kinder erhalten Amerikaner auf Ebene der Bundesstaaten jedoch durch die Finanzierung von Vorschulprogrammen für Kinder im Alter von 3-4 Jahren. Im Jahr 2005-2006 finanzierten 38 US-Bundesstaaten Vorschulprogramme ("prekindergarten").[24] 12 Staaten boten dagegen keinerlei Finanzierung für derartige Betreuungsprogramme an. Florida begann im Schuljahr 2005/2006 eine Vorschulinitiative, die es allen Vierjährigen ermöglicht,

freiwillig an Vorschulprogrammen teilzunehmen. Landesweit nahmen in diesem Zeitraum 20% der amerikanischen Vierjährigen an staatlich finanzierten Vorschulprogrammen teil, verglichen mit 17% im Vorjahr und 14% im Jahr 2001-2002. Dies entspricht einem 40-prozentigen Anstieg in den letzten 5 Jahren. Der Prozentteil der Dreijährigen, die an diesen Vorschulprogrammen teilnahmen, hat sich hingegen in den letzten Jahren kaum verändert und lag im vergangenen Jahr bei durchschnittlich nur 3%. Lediglich 26 Bundesstaaten boten "Pre-K"-Programme für dreijährige Kinder an, und nur in 5 Bundesstaaten nahmen mehr als 10% der Dreijährigen daran teil.

Amerikanische Kinder werden ab dem 5. Lebensjahr eingeschult. Das erste Schuljahr für 5-Jährige wird als "K" (Abkürzung für Kindergarten) bezeichnet. Das amerikanische Schulsystem umfasst also 13 Jahre von "K" bis zur 12. Klasse. Alle anderen Vorschulprogramme sind entsprechend als "Pre-Kindergarten" oder "pre-K" bekannt.

Insgesamt gaben die US-Bundesstaaten im Jahr 2006 \$3.27 Milliarden für Vorschulprogramme aus. Dies entspricht einem Anstieg vom \$380 Millionen oder 13% im Vergleich zum Vorjahr. Die Durchschnittsausgaben von Seiten der Bundesstaaten betragen im vergangenen Jahr knapp \$3.500 pro Kind. Verglichen mit der Summe, die die Länderregierungen Amerikas für die allgemeine Schulausbildung ihrer Kinder ausgeben (K-12), nämlich \$250 Milliarden im Jahr, sind diese Ausgaben verschwindend gering: Die Bundesstaaten zahlten lediglich einen Pfennig für Vorschulbildung für jeden Dollar, den sie für die Schulbildung eines Kindes ausgaben. Die Höhe der bundesstaatlichen Ausgaben für Vorschulprogramme schwankt darüber hinaus stark von Staat zu Staat. New Jersey ließ sich im vergangenen Jahr die Vorschulerziehung seiner Kinder mit knapp \$10.000 jährlich am meisten kosten. Drei Staaten gaben dafür weniger als \$2.000 im Jahr aus und 12 Bundesstaaten finanzierten keinerlei Vorschulprogramme.

Viele Bundesstaaten machen die Aufnahme der Kinder in Vorschulprogramme vom Familieneinkommen abhängig. Lediglich 10 Staaten haben jedoch eine festgelegte Einkommensgrenze als Aufnahmebedingung. Darunter beschränken 5 Bundesstaaten ihre Programme auf Kinder, die unter der vom Bund festgelegten Armutsgrenze leben, d.h. dieselbe Beschränkung, die für das aus dem Bundeshaushalt finanzierte "Head Start"-Programm. Dagegen ist das Alter des Kindes in allen Bundesstaaten entscheidendes Aufnahmekriterium. Knapp die Hälfte der Staaten mit Vorschulprogramme begrenzen die Aufnahme auf Vierjährige, und wiederum knapp die Hälfte lassen Drei- und Vierjährige zu. Zwei Staaten nehmen auch Fünfjährige auf, die noch nicht ins Pflichtvorschuljahr "K" aufgenommen werden konnten, und drei Staaten haben Vorschulprogramme für Kinder ab der Geburt bis zur Einschulung.

Die Anzahl der Vorschulkinder in den USA ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Dennoch haben Kinder aus Familien mit geringem Einkommen weniger Zugang zu Vorschulprogrammen als andere Kinder. Im Jahr 1989 hatte Präsident George Bush (sen.) den "National Education Goals Panel" ins Leben gerufen, dessen erstes Ziel es sein sollte, sicherzustellen, daß bis zum Jahr 2000 jedes Kind zum Zeitpunkt der Einschulung schulreif ("ready to learn") sein sollte. Beim Erreichen dieses Ziels spielte der Zugang zu einer qualitativ guten Frühkinderziehung eine entschei-

Im Jahr 2005/2006 nahmen landesweit lediglich 20% der Vierjährigen und 30% der Dreijährigen an staatlich finanzierten Vorschulprogrammen teil.

dende Rolle. Der Children's Defense Fund, eine Organisation, die sich für das Wohl amerikanischer Kinder einsetzt, kommentiert dieses Defizit mit den Worten: "Dieses Ziel ist nach 17 Jahren immer noch nicht erreicht." [25,26]

Viele amerikanische Familien können sich keine adäquate Kinderbetreuung leisten

Trotz der bestehenden Programme zur finanziellen Unterstützung von Familien ist die staatliche Rolle bei der Kinderbetreuung in den USA hinsichtlich des Umfangs als auch der Finanzmittel äußerst beschränkt. Die öffentlichen Gelder gewähren den Familien nur bescheidene Unterstützung und tragen nur wenig zur Qualitätssicherung der Kinderbetreuung bei. Durch das von den Bundesstaaten primär beanspruchte "Child Care and Development Block Grant" fließen Bundesgelder in Form von "Vouchers" an Familien mit geringem Einkommen. Doch die Höhe der vom Bund bereit gestellten Finanzmittel stagniert seit 2002 auf dem selben Stand. Dies hat dazu geführt, daß viele Familien, die sich um eine qualitativ gute Betreuung ihrer Kinder bemühen, nicht die finanzielle Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Außerdem ist der Verwaltungsaufwand dieser Sozialleistungen oft ein Hindernis, das Familien überwinden müssen, um die ihnen zustehenden Gelder zu erhalten. Für viele amerikanische Familien bleibt daher eine qualitativ gute Kinderbetreuung außer Reichweite.

Trotz der bestehenden Programme zur finanziellen Unterstützung von Familien ist die staatliche Rolle bei der Kinderbetreuung in den USA hinsichtlich des Umfangs als auch der Finanzmittel äußerst beschränkt.

Großer Bedarf an öffentlicher Finanzierung

Verfechter des Prinzips, daß eine qualitativ gesicherte Kinderbetreuung mehr amerikanischen Familien zugänglich sein sollte, befürworten die Unterstützung der Eltern für die Betreuung ihrer Kinder aus externen "Investments". Sie vergleichen die hohen Kosten der Kinderbetreuung mit den Kosten, die amerikanische Eltern für die universitäre Ausbildung ihrer Kinder tragen. Im Vergleich zu den "College"-Kosten, die aus verschiedenen Quellen subventioniert würden, seien die Eltern – abgesehen von dem geringen Bevölkerungsanteil der ärmsten Familien – für die Finanzierung der Kinderbetreuungskosten ganz auf sich selbst gestellt. Stattdessen sollten in Zukunft die Bundesregierung und die Bundesstaaten wie im Falle der finanziellen Förderung amerikanischer Studenten beim Übernehmen der Kosten für die Betreuung von Kleinkindern eine proaktive Rolle spielen. Sie plädieren dafür, daß eine qualitativ gute Kinderbetreuung kein Traum sein sollte, sondern eine Realität und appellieren an Politiker, sich für deren Erschwinglichkeit für alle Familien Amerikas einzusetzen.

Verfechter einer qualitativ gesicherten Kinderbetreuung appellieren an Politiker, sich für deren Erschwinglichkeit für alle amerikanischen Familien einzusetzen.

Immer mehr Amerikaner befürworten staatliche Unterstützung

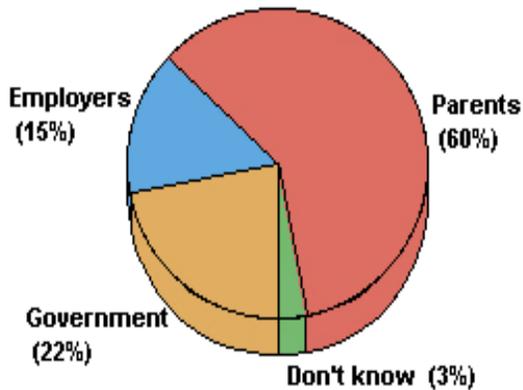
Nach Angaben einer gewerkschaftsnahen Organisation steht die amerikanische Bevölkerung fest hinter diesem Ziel: Über 76% amerikanischer Männer und Frauen halten Gesetze zur Verbesserung der Qualität und Erschwinglichkeit von Kinderbe-

treuung für wichtig.[27] Eine Umfrage der *Harris Poll* im Jahr 2000 ergab hingegen, daß eine überwiegende Mehrheit der Amerikaner glaubt, die primäre Verantwortung für die Kinderbetreuung erwerbstätiger Familien liege bei den Eltern (60%).[28] Diese Mehrheit war im Vergleich zu der selben Umfrage im Jahr 1998 konstant geblieben. Während jedoch 1998 nur 15% der Befragten die Verantwortung für die Kinderbetreuung beim Staat ansiedelten, waren dies im Jahr 2000 22%.

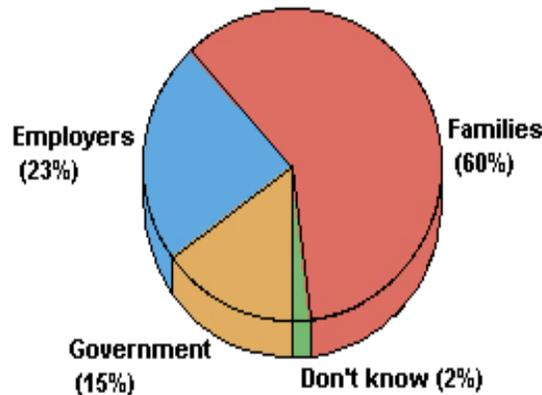
Parents and the general public say that access to child care should be the responsibility of the families themselves, rather than the government or employers

Who do you think should take primary responsibility for making sure that working families have child care for their children? Should it be the government, employers or the parents themselves? [Asked of parents with children age 5 and under]

Who do you think should be primarily responsible for ensuring that families have access to child care -- government, employers, or individual families?



Source: Public Agenda 6/00



Source: Harris Poll 1/98

Politischer Handlungsbedarf

Vor diesem Hintergrund identifizierte eine Studie der OECD im Jahr 1999 eine Reihe von Aufgaben im Bereich der amerikanischen Kinderbetreuung für die amerikanische Politik ("issues for policy attention")[30]:

- die Einrichtung eines koordinierten und umfassenden Systems für Frühkind-erziehung- und -betreuung
- den Ausbau der Zugänglichkeit von Kinderbetreuung
- die Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung
- die Einrichtung eines effizienten Ausbildungssystems für Frühkinderzieher.



Ein prominenter Befürworter dieser Ziele in der politischen Arena Amerikas ist Senator Chris Dodd, der sich gegenwärtig um die Nominierung der Demokratischen Partei als Präsidentschaftskandidat bemüht. Er versteht sich als ein Politiker, der erkannt habe, daß es in der heutigen Wirtschaftslage die Norm und nicht die Ausnahme sei, daß beide Eltern erwerbstätig seien. Der Senator gilt seit langem als Vorreiter bei den Bestrebungen, die bestmögliche Kinderbetreuung für erwerbstätige Eltern zu gewährleisten. "Millionen erwerbstätiger Amerikaner wissen, daß die Vereinigten Staaten nicht annähernd genug tun, um sicherzustellen, daß unsere Berufstätigen nicht gezwungen sind, zwischen Familie und Erwerbstätigkeit zu wählen. Heute mehr als je zuvor müssen Millionen Arbeitnehmer ihre Kleinkinder und alternden Eltern betreuen. Kein Berufstätiger sollte für die Betreuung seiner Familie bestraft werden." [30]

*Senator Dodd:
"Millionen erwerbstätiger Amerikaner wissen, daß die Vereinigten Staaten nicht annähernd genug tun, um sicherzustellen, daß unsere Berufstätigen nicht gezwungen sind, zwischen Familie und Erwerbstätigkeit zu wählen".*

Frühkinderziehung eine lohnende Investition

Die herausragendste Fürsprecherin einer breiteren staatlichen Unterstützung für die Betreuung amerikanischer Kinder im US-Präsidentschaftswahlkampf ist jedoch Senator Hillary Clinton, die sich seit Beginn ihrer politischen Laufbahn für Amerikas Kinder engagiert hat. Die demokratische Präsidentschaftskandidatin machte in diesen Tagen den Vorschlag, \$10 Milliarden aus Bundesmitteln für die freiwillige Vorschulbetreuung von Vierjährigen bereitzustellen. [31] Dieses Programm, so verlautete es aus Clintons Wahlkampagne, solle allen amerikanischen Kindern, unabhängig vom Einkommen der Eltern, offenstehen. Für Familien mit niedrigem Einkommen und Kinder mit begrenzten Englischkenntnissen soll die Betreuung kostenlos sein. Der Clinton-Plan sieht vor, daß die Bundesstaaten die Dollarbeträge aus dem Bundeshaushalt zu gleichen Teilen bezuschussen ("dollar for dollar matching funds"). Die Bundesregierung würde im ersten Jahr \$5 Milliarden für Bundesstaaten zur Verfügung stellen, um flächendeckende Vorschulbetreuung für Vierjährige ("universal Pre-K") einzurichten und zu verwalten. Im Verlauf der nächsten fünf Jahre würde die Bundesregierung diese Gelder auf \$10 Milliarden aufstocken. Voraussetzung für die Bundesstaaten wäre, Lehrkräfte mit Universitätsabschluß und besonderen Kenntnissen im Bereich der Frühkinderziehung einzustellen. Außerdem müssten kleine Klassengrößen gewährleistet sein. Finanziert werden soll das Kinderbetreuungsprogramm durch neue Steuereinnahmen, die aus der Schließung von Gesetzeslücken resultieren würden, sowie durch die Einstellung von Programmen der Bush-Regierung, die Senator Clinton ablehnt. Insgesamt sei das Programm eine lohnende



*Senator Clinton:
Staatlich finanzierte Vorschulbetreuung für alle Vierjährigen Amerikas.*

Investition für Amerika: "Es gibt genug Beweise dafür, daß uns dies langfristig Geld spart. Sowohl Volkswirte und Experten im Bereich der Frühkinderziehung sagen uns das schon lange."

Fußnoten

- [1] Vgl. "Breaking the Piggy Bank: Parents and the High Price of Child Care", The National Association of Child Care Resource and Referral Agencies, 2006. Die im Folgenden aufgeführten Angaben sind dieser Publikation entnommen. http://www.naccrra.org/docs/policy/breaking_the_piggy_bank.pdf
- [2] Vgl. Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFind/datafinder7.htm>
- [3] "Executive Summary: Our Changing Nation", Population Resource Center, <http://www.prcdc.org/summaries/changingnation/changingnation.html>
- [4] <http://www.bls.gov/cps/wlf-databook2005.htm>
- [5] "Who's Minding the Kids", Child Care Arrangements, Winter 2002, U.S. Census, <http://www.census.gov/prod/2005pubs/p70-101.pdf>
- [6] Vgl. "Child Care in America", Fact Sheets, National Association of Child Care Resource and Referral Agencies, <http://www.naccrra.org/docs/childcareinamericafactsheet.pdf>
- [7] Vgl. Douglas J. Besharov, Hg, "Enhancing Early Childhood Programs: Burdens and Opportunities", CWLA Press and American Enterprise Institute, 1996, S. 213
- [8] "Federal and State Child Care Expenditures", Douglas Besharov, Caeli Higney, Maryland School of Public Policy, Welfare Reform Academy, 30. Mai 2006, S. 4 <http://www.welfareacademy.org/pubs/childcare/childcarespending.pdf>
- [9] vgl. Supply and Characteristics of Child Care Providers, in: "Green Book" des House Ways and Means Committee, 2003, Section 9 "Child Care", S. 17: <http://waysandmeans.house.gov/media/pdf/greenbook2003/Section9.pdf>
- [10] vgl. Child Care in America, Fact Sheet <http://www.naccrra.org/policy/docs/childcareinamericafactsheet.doc>
- [11] U.S. Census Bureau, "State Estimates of Child Care Facilities", Lynne Casper and Martin O'Connell, März 1998 <http://www.census.gov/population/www/documentation/twps0021/twps0021fr.html>
- [12] "All Together Now: State Experiences in Using Community-Based Child Care to Provide Pre-Kindergarten", Rachel Schumacher, Danielle Ewen, Katherin Hart, and Joan Lombardi, in Center for Law and Social Policy, Policy Brief, Child Care and Early Education Series, Policy Brief No. 5, Mai 2005 http://www.clasp.org/publications/cc_brief5.pdf
- [13] Vgl. "Starting Off Right: Promoting Child Development from Birth in State Early Care and Education Initiatives", Rachel Schumacher and Katie Hamm, Center for Law and Social Policy, Juli 2006. Link zum "Executive Summary": <http://www.clasp.org/ChildCareAndEarlyEducation/StartingOffRight/StartingOffRightExecSummary.pdf>
- [14] Vgl. "Breaking the Piggy Bank: Parents and the High Price of Child Care", The National Association of Child Care Resource and Referral Agencies, 2006, Seite 13 http://www.naccrra.org/docs/policy/breaking_the_piggy_bank.pdf

- [15] Ein detaillierter geschichtlicher Überblick zur staatlich finanzierten Kinderbetreuung in den USA findet sich in "A Brief History of Federal Financing for Child Care in the United States", Abby J. Cohen, The Future of Children, Financing Child Care, Vol 6, No 2 – Summer/Fall 1996 http://www.futureofchildren.org/usr_doc/vol6no2ART2.pdf
- [16] Norgen, J. "In search of a national child care policy: Background and prospects. In "Women, power and policy", E. Boneparth, ed. New York: Pergamon, 1982, S.124-43
- [17] Vgl. Head Start Program Fact Sheet, U.S. Department of Health and Human Services, Administration for Children and Families, März 2006 <http://www.acf.hhs.gov/programs/hsb/research/2006.htm>
- [18] Vgl. Text des Veto von Präsident Nixon im Congressional Record, 10. Dezember 1971, S.46057-59[19] http://www.acf.hhs.gov/programs/ccb/ccdf/ccdf06_07desc.htm
- [20] http://www.futureofchildren.org/information2850/information_show.htm?doc_id=75899
- [21] Vgl. "Dependent Care Tax Credit", Policy Brief, Center for Policy Alternatives <http://www.cfpa.org/issues/issue.cfm/issue/DependentCareTaxCredit.xml>
- [22] Vgl. "Federal Child and Dependent Care Tax Credit", National Center for Children i Poverty, Columbia University Mailman School of Public Health: http://www.nccp.org/policy_detail_14.html
- [23] vgl. "Dependent Care Tax Credit", <http://www.cfpa.org/issues/issue.cfm/issue/DependentCareTaxCredit.xml>
- [24] Vgl. "The State of Preschool 2006, State Preschool Yearbook, The National Institute for Early Education Reserach, 2006 <http://nieer.org/yearbook/pdf/yearbook.pdf#page=9>
- [25] Children's Defense Fund, "Prekindergarten Education" http://www.childrensdefense.org/site/PageNavigator/policy_eed_pre_k
- [26] Eine Übersicht zu Organisationen, Think Tanks und Instituten, die sich mit dem Thema der öffentlichen Finanzierung von Kinderbetreuung in den USA beschäftigen, findet sich in: "The ABCs of Public Financing for Early Care and Education", Institute for Women's Policy Research, 2001: <http://www.iwpr.org/pdf/abc.pdf>
- [27] Vgl. Labor Project for Working Families, Quick Facts, http://working-families.org/familyfriendly/childcare_quickfacts.html, Internetabruf vom 3. Mai 2007
- [28] http://www.publicagenda.org/issues/pcc_detail.cfm?issue_type=childcare&list=1
- [29] Vgl. "Starting Strong II: Early Childhood Education and Care – United States, OECD 2006, Seite 434, Internetabruf vom 3. Mai 2007 <http://www.oecd.org/dataoecd/16/14/37423831.pdf>
- [30] <http://dodd.senate.gov/index.php?q=node/3723>, Internetabruf vom 3. Mai 2007
- [31] <http://abcnews.go.com/Politics/wireStory?id=3195073>, Internetabruf vom 21. Mai 2007

